

# Die regierungstreueste Anhängerschaft hat die Oppositionspartei Freie Liste

Seit 2014 stimmt die Gefolgschaft der Freien Liste am ehesten auf Regierungslinie ab. Dies zeigt eine Studie des Liechtenstein-Instituts.

Elias Quaderer

In weniger als einem Monat wird Liechtensteins Stimmvolk über die Initiative für ein Casinoverbot abstimmen. Seitens der Regierung war bereits zu hören, dass sie eine Ablehnung der Verfassungsinitiative empfiehlt. So meinte etwa Wirtschaftsministerin Sabine Monauni, dass ein Verbot «über das Ziel hinausschiesst». Von den Parteien hat bislang erst die Freie Liste eine Abstimmungsparole ausgegeben: Im Gegensatz zur Regierung empfehlen die «Weissen», ein Ja für das Casinoverbot in die Urne zu legen.

Dass sich die Regierung und die Oppositionspartei bei Abstimmungsfragen nicht einig sind, mag kaum überraschen. Aber tatsächlich waren solche Fälle in den letzten Jahren eher die Ausnahme, wie eine neu veröffentlichte Studie des Liechtenstein-Instituts zeigt. Vielmehr stimmte die Parteianhängerschaft der Freien Liste (FL) seit 2014 am «regierungstreuesten» ab: Sie folgte am ehesten der Abstimmungsempfehlung der Regierung. Studienautor Thomas Milic, Politologe am Institut, bezeichnet die Freie Liste sogar als «The Government's Most Loyal Opposition».

## Wurde FL regierungsloyaler oder Regierung «weisser»?

Anfang der 2000er-Jahre sah die Situation noch anders aus. Damals verfolgte die Freie Liste noch «einen scharfen Oppositionskurs an der Abstimmungsurne», heisst es im Beitrag. Erst in den letzten acht Jahren wurde die FL regierungsloyal, wie aus einer Analyse von Befragungsdaten aus zwölf Liechtensteiner



«The Government's Most Loyal Opposition»: Die Anhänger der Freien Liste hielten an der Urne am loyalsten zur Regierung. Bild: T. Schnalzer

Volksabstimmungen hervorgeht. Wie ist dieser Wandel zu erklären?

Politikwissenschaftler Milic betont, es müsse nicht zwingend der Fall sein, dass sich die Freie Liste über die Zeit der Haltung der Regierung angenähert hat. «Denkbar wäre prinzipiell auch das Gegenteil davon: Die Regierungslinie ist heute häufiger auf FL-Linie als früher», so der Forscher am Liechtenstein-Institut. Weiter gilt es

zu beachten, über welche Sachfragen an der Urne jeweils abgestimmt wurde. Werden etwa von der rechten Seite des politischen Spektrums Referenden ergriffen, so ist es von vornherein wahrscheinlicher, dass die linke Oppositionspartei FL auf Regierungslinie bleibt. Und genau dies war in den letzten Jahren der Fall: Referenden wurden vor allem von DU- oder DpL-Seite lanciert oder zumindest unterstützt, während die FL dieselbe

Position wie die Regierung einnahm. Anders sieht es aus, wenn von linker Seite ein Referendum oder eine Volksinitiative lanciert wird. Hier wäre zu erwarten, dass die FL in scharfer Opposition zur Regierung steht. Doch solche Vorstösse waren in jüngster Zeit selten.

## Bei eigenem Minister steigt die Regierungstreue

Mit Blick auf die Regierungsparteien zeigt sich, dass die FBP-

Sympathisanten über die Jahre regierungstreuer abstimmten als die Anhänger der VU. Von 2003 bis 2022 folgten im Schnitt 60 Prozent der Bürgerpartei-Gefolgschaft der Regierungsempfehlung. Damit stimmten die FBP-Wähler in den letzten gut zwanzig Jahren ähnlich regierungstreu ab wie die FL.

Die VU-Anhänger waren dagegen nur zu 54 Prozent auf Linie der Regierung. Damit ist die Regierungstreue der Liech-

tensteiner Regierungsparteien auch deutlich tiefer als bei den Schweizer Bundesratsparteien. Einzig die Anhängerschaft der als notorische Nein-Sager-Partei verschrienen SVP hat mit einer Regierungstreue von 55 Prozent einen tieferen Wert als die FBP – nicht jedoch als die VU.

Milic schliesst zudem aus den Befragungsdaten, dass die Parteifarbe des zuständigen Ministers einen Einfluss auf das Stimmverhalten hat: Die Anhängerschaften der Grossparteien stimmen jeweils regierungsloyaler ab, wenn der Sachgegenstand den «eigenen» Minister betrifft.

Die einzige Ausnahme von dieser Regel war die Abstimmung über das 2G-Gesetz im vergangenen September: Das Gesetz erhielt eine etwas höhere Zustimmung von den VU-Wählern (68 Prozent) als von den FBP-Wählern (66 Prozent). Dies obwohl die Vorlage in die Zuständigkeit von FBP-Regierungsrat Manuel Frick fiel.

## Parteiungebundene eher gegen Regierungsposition

Klassische Oppositionspolitik an den Wahlurnen betreiben die Anhängerschaften der DU und DpL. Abgesehen von einem Fall blieb deren Regierungsunterstützung stets unter 33 Prozent.

Aber dass jüngst die Position der Regierung öfters an der Urne unterlag, liegt nicht an den beiden Oppositionsparteien. Entscheidend war vielmehr, dass die grösste politische Merkmalsgruppe – die Parteiungebundenen – «eher gegen als für die Regierung die Position bezog», schliesst Politikwissenschaftler Milic.

So entwickelte sich die Regierungstreue der Parteianhänger (in Prozent). Beispiel: Beim 2G-Gesetz folgten 79 Prozent der FL-Wähler der Regierungsempfehlung.

